

Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 113 (2018)
Heft: 3: Natur, Landschaft und Heimat = Nature, paysage et patrimoine

Artikel: Heimatmüdes Bundesbern = Grande lassitude dans la Berne fédérale
Autor: Schmid, Adrian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



DEMONTAGE DES NATUR- UND HEIMATSCHUTZES GEPLANT

Heimatmüdes Bundesbern

Aktuell steht neben der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes die zweite Etappe des Raumplanungsgesetzes auf der politischen Traktandenliste. Dazu kommen zahlreiche parlamentarische Vorstösse, die das nationale Inventar der schützenswerten Ortsbilder infrage stellen. Aber auch der Widerstand hat sich organisiert und ist aktiv. Das Volk wird abschliessend entscheiden. **Adrian Schmid, Geschäftsführer Schweizer Heimatschutz**

Der sich seit Jahren verschärfende Druck auf den Natur-, Landschafts- und Heimatschutz kumuliert sich aktuell in der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG). Heimatmüde Mitglieder der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates haben den Entwurf zur Änderung des NHG in die Vernehmlassung geschickt (vgl. Seite 20). Für den Schweizer Heimatschutz ist die geplante Revision ein weiterer Tiefpunkt in der Kaskade von Abbauplänen beim Natur-, Landschafts- und Heimatschutz, den er so nicht akzeptieren kann. In einem breiten Bündnis wird das Referendum vorbereitet. Ein weiterer Abbau des bereits heute zu schwachen

Schutzes der bedeutendsten historischen Bauten und Naturdenkmäler – ausgerechnet im europäischen Kulturerbebejahr, das darauf aufmerksam macht, wie vielfältig, aber auch fragil das Kulturerbe ist – ist inakzeptabel und ein Affront sondergleichen.

Breite Zustimmung 1966

Den Anstoss für die Einführung des Natur- und Heimatschutzgesetzes gab die Idee, die eindrucklichsten und typischsten Landschaften der Schweiz zu schützen. Aus diesem Grund ergriffen der Schweizer Heimatschutz, der Schweizer Alpen-Club und der Schweizerische Bund für Naturschutz (heute Pro Natura) im Jahr



Die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes droht den Schutz von Kulturlandschaften, Bau- und Naturdenkmälern, wie zum Beispiel dem Rheinfluss, massiv zu schwächen.

La révision de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage risque d'affaiblir la protection des paysages ruraux, des sites construits et des monuments naturels tels que les chutes du Rhin.

1959 die Initiative zur Erstellung eines Inventars der schutzwürdigen Landschaften. Sie beauftragten dazu eine unabhängige Kommission zur Inventarisierung der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung. 1966 wurde das Natur- und Heimatschutzgesetz in den eidgenössischen Räten eingeführt – einstimmig!

Heute ist nicht nur das NHG umstritten. Die Angriffe sind flächendeckend, weshalb die betroffenen Verbände in einem breiten Bündnis vom Schweizer Vogelschutz über die Stiftung Landschaftsschutz und Pro Natura bis zum Schweizer Heimatschutz eine umfassende und koordinierte Strategie entwickelten, die sämtlichen anstehenden politischen Prozessen Rechnung trägt. Als Antwort auf den bereits erfolgten Schutzabbau im eidgenössischen Energiegesetz sowie als Reaktion auf die aktuellen Angriffe wird eine eidgenössische Landschaftsinitiative entwickelt. Damit soll sichergestellt werden, dass die schutzwürdigen Landschaften, Ortsbilder, geschichtlichen Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler bewahrt werden.

Umstrittene Revision des Raumplanungsgesetzes

Gemäss dem Raumplanungsgesetz (RPG) aus dem Jahr 1979 gilt in der Schweiz der Grundsatz der Trennung von Baugebiet und

Nichtbaugebiet. In Nichtbaugebieten, also ausserhalb der Bauzonen, sind im Grundsatz nur landwirtschaftliche und standortgebundene Bauten zonenkonform und damit zulässig. Dieses Prinzip wurde durch das Parlament schrittweise aufgeweicht und die Nutzungsmöglichkeiten erweitert:

- Im Jahr 1998 wurden zusätzliche Intensivlandwirtschaftszonen und Hors-sol-Gewächshäuser erstellt,
- 2007 wurden Ausnahmen für den Agrotourismus und Biogasanlagen geschaffen,
- 2012 wurde die Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone erleichtert.

Damit hat das eidgenössische Parlament in den letzten Jahren das Prinzip der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet deutlich aufgeweicht.

Das Bauen ausserhalb der Bauzonen wurde aber nicht nur im nationalen Parlament salonfähig. Verschiedene Ständesinitiativen, so in den Kantonen Wallis und Graubünden, forderten für Stallbauten und Maiensässe Umnutzungserleichterungen, die in einem ersten Schritt abgelehnt wurden, jedoch bereits zu weiteren Kommissionsmotionen im eidgenössischen Parlament führten, mit dem Ziel der Umnutzung von Tausenden nicht mehr gebrauchten Ställen in Ferienhäuser.

Erinnern Sie sich? 2012 votierten die Stimmberechtigten für die Zweitwohnungsinitiative und setzten so ein deutliches Zeichen gegen die zunehmende Zersiedelung.

Wie geht es weiter in Bundesbern? Ende Jahr soll die zweite Revision des RPG wieder im Parlament traktandiert werden. Unklar ist, ob der vom Bundesamt für Raumentwicklung in der Vernehmlassung vorgeschlagene «Kompensationsansatz» weiterhin verfolgt wird. Das Risiko besteht, dass wertvolle landwirtschaftliche Kleinbauten zur «Kompensation» für grosse und störende Neubauten geopfert werden. Der Schweizer Heimatschutz stellt sich grundsätzlich gegen den unausgereiften Ansatz.

Positionspapier «Bauen ausserhalb der Bauzone»

Mit der ersten Revisionsstufe des RPG konnte das Bauen in der Bauzone geregelt und der Fokus auf das Verdichten nach innen gerichtet werden. Dies ist ein wichtiger und hart erkämpfter Sieg der Umweltverbände. Die zweite Etappe der Revision setzt die Schwerpunkte beim Bauen ausserhalb der Bauzonen, beim Untergrund und bei den funktionalen Räumen.

Massgebliche Dokumente, die die Grundhaltung des Schweizer Heimatschutzes in der Raumplanung verbindlich festhalten, sind die Positionspapiere «Raumplanung», «Verdichten mit Qualität» so-

wie «Windkraftanlagen» und «Solaranlagen» (abrufbar unter www.heimatschutz.ch/politik). Diese wurden in den letzten Jahren verabschiedet und beziehen sich auf bereits revidierte Gesetze.

Die traditionellen, heute nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Bauten weisen oft ein sehr hohes Alter auf. Sie sind Zeugnisse einer jahrhundertealten Nutzungsweise und bilden einen wichtigen Teil des baukulturellen Erbes. Für das Landschaftsbild, aber auch in sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht sind sie von grosser Bedeutung. Für den Schweizer Heimatschutz kann am Grundsatz der Trennung von Bau- und Nichtbaugelände nicht gerüttelt werden. Vielmehr nötig sind Inventare als fachliche Grundlagen und innovative Lösungsansätze. Der Vorstand des Schweizer Heimatschutzes legt dazu seinen kantonalen Präsidentinnen und Präsidenten im Spätherbst ein Positionspapier «Bauen ausserhalb der Bauzone» vor.

Wertvolles ISOS-Bundesinventar

Der Aufbau des nationalen Inventars der schützenswerten Ortsbilder (ISOS) war die kluge Reaktion des Bundesrats auf die enorme Bautätigkeit um 1970, die zu wenig Rücksicht auf die Baudenkmäler genommen hatte. Heute wird das wertvolle Inventar mittels einer koordinierten, von langer Hand geplanten Kampagne grundsätzlich infrage gestellt.

Der Schweizer Heimatschutz schätzt hingegen das ISOS als immensen Wissensspeicher und hat diesbezüglich verschiedene Schwerpunkte gesetzt und seine Kommunikationsarbeit massiv ausgebaut. So mit einer von über 400 Personen besuchten Tagung

«1966 wurde das Natur- und Heimatschutzgesetz in den eidgenössischen Räten eingeführt – einstimmig!»

im vergangenen Jahr (gemeinsam mit der Vereinigung für Landungsplanung und dem Bundesamt für Kultur) sowie einer stark beachteten Medienkonferenz in Rüti ZH, zur Erläuterung des Bundesgerichtsentscheids (BGE 135 II 209, Rüti), der dem ISOS tüchtig Schub verliehen hat.

Die Anti-ISOS-Kampagne im Parlament haben verschiedene Artikel in der NZZ begleitet. Der Zürcher Heimatschutz hatte im Rahmen der neuen Bau- und Zonenordnung einen Rekurs eingereicht, weil das Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz nicht genügend berücksichtigt wurde. Auch hier konnte kürzlich mit einem Vergleich eine einvernehmliche Lösung gefunden werden (vgl. Seite 32).

Zersiedelungsinitiative vor Abstimmung

Und bereits stehen weitere Volksabstimmungen an. Anfang 2019 kommt die «Zersiedelungsinitiative» der Jungen Grünen zur Abstimmung. Diese fordert, dass die Fläche der Bauzonen auf dem heutigen Stand eingefroren wird.

Kürzlich wurden zudem kantonale Volksinitiativen eingereicht. So kam in Zürich innert kürzester Zeit die «Naturinitiative» zustande, die finanzielle Mittel für den Natur- und Heimatschutz bzw. die Denkmalpflege fordert. In Luzern wurde gleichzeitig

als Zwillingsbegehren eine Verfassungsinitiative eingereicht, die die Grundsätze des Kulturlandschutzes definiert, während mit einer Gesetzesinitiative der Vollzug in der Raumplanung und der Schutz der Kulturlandschaften geregelt werden. So wird auch dem Schutzabbau in den kantonalen Parlamenten opponiert und den Stimmberechtigten eine Alternative angeboten.

Widerstand kommt jedoch nicht nur von den Heimatschutz-, Landschaftsschutz- und Umweltverbänden sowie verschiedenen Parteien. So äussern sich im eben abgeschlossenen Vernehmlassungsverfahren zur NHG-Revision auch Kantone wie Bern ablehnend, da die Anpassung zu hohe Risiken birgt und insbesondere das Risiko von erhöhten Natur- und Kulturverlusten besteht. Ähnlich äussert sich der Regierungsrat des Kantons St. Gallen. Ein Nein kommt auch von der Basler, der Aargauer und der Freiburger Kantonsregierung. Eine intensive Auseinandersetzung ist in den nächsten Monaten angesagt.

RESOLUTION

Nein zur Demontage des Natur- und Heimatschutzes

Die geschützten Ortsbilder, Baudenkmäler und Landschaften unserer Bundesinventare haben einen hohen Wert für unsere kollektive Identität. Deshalb dürfen sie gemäss heutiger Gesetzgebung nur dann verändert werden, wenn andere nationale Interessen bestehen, die mindestens gleich wichtig oder wichtiger sind. Ausgelöst durch eine parlamentarische Initiative von Ständerat Joachim Eder (ZG FDP) wurde das Projekt einer Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes eingeleitet, die diesen Schutz massiv aufweichen würde. Sie wurde durch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates in die Vernehmlassung gegeben.

Mit dieser Revision würde der Demontage des Denkmal- und Landschaftsschutzes Tür und Tor geöffnet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegiertenversammlung des Schweizer Heimatschutzes sprechen sich einstimmig für den umfassenden Schutz der identitätsstiftenden Ortsbilder, bedeutenden Baudenkmäler und wertvollen Landschaften aus und lehnen die aktuelle Revision des NHG grundsätzlich ab.

Verabschiedet am 30. Juni 2018 an der Delegiertenversammlung des Schweizer Heimatschutzes in Ballenberg BE

Le caricaturiste Ted Scapa croque depuis de nombreuses années l'actualité de l'aménagement du territoire avec humour. Il a illustré de nombreux articles publiés dans la revue de l'Office fédéral du développement territorial (ARE).

Über viele Jahre beobachtete Ted Scapa die Schweizer Raumplanung mit spitzer Feder. Mit seinen Cartoons reagierte er auf Artikel in den Informationsheften des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE).



Ted Scapa/ARE

DÉMANTÈLEMENT PROGRAMMÉ DE LA PROTECTION DE LA NATURE ET DU PAYSAGE

Grande lassitude dans la Berne fédérale

L'agenda politique comporte, outre la révision de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage, la deuxième étape de la révision de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire. Par ailleurs, de nombreuses interventions parlementaires remettent en question l'Inventaire des sites construits à protéger d'importance nationale. Heureusement, la résistance s'organise et le peuple aura le dernier mot. Adrian Schmid, secrétaire général de Patrimoine suisse

La pression exercée sur la protection de la nature, du paysage et des sites construits s'est considérablement renforcée ces dernières années pour atteindre son paroxysme en ce moment, dans le cadre des travaux de révision de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage (LPN). La majorité de la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil des Etats (CEATE-CE) a mis en consultation son projet de modification de la LPN (cf. page 22). Patrimoine suisse considère que ce projet de révision participe au démantèlement en cours de la protection de la nature, du paysage et des sites construits. Il se prépare par conséquent à un référendum au sein d'une large coalition. Précisément en cette Année européenne du patrimoine culturel qui met en évidence la diversité

et la fragilité du patrimoine culturel, une nouvelle atteinte à la protection, déjà trop faible, de nos plus importants paysages naturels et sites construits constitue un affront inacceptable.

Large adhésion en 1966

L'idée de protéger les paysages les plus impressionnants et les plus typiques de Suisse est à l'origine de l'introduction de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage. En 1959, Patrimoine suisse, le Club alpin suisse et la Ligue suisse pour la protection de la nature (aujourd'hui Pro Natura) lancèrent l'initiative demandant l'établissement d'un inventaire des paysages dignes de protection. Ils chargèrent une commission indépendante d'inventorier les paysages et monuments naturels d'importance na-

tionale et en 1966, la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage fut adoptée à l'unanimité par les Chambres fédérales. Aujourd'hui, la LPN est contestée et les atteintes à la nature et au paysage sont systématiques, raison pour laquelle les associations concernées ont développé au sein d'une large coalition réunissant notamment la Station ornithologique, la Fondation pour l'aménagement du paysage, Pro Natura et Patrimoine suisse une straté-

«Une nouvelle atteinte à la protection, déjà trop faible, de nos plus importants paysages naturels et sites construits constitue un affront inacceptable.»

gie coordonnée tenant compte de tous les processus politiques en cours. Face à l'affaiblissement du statut de protection par la loi fédérale sur l'énergie et aux atteintes actuelles, une initiative fédérale pour le paysage est en gestation. Elle a pour objectif de garantir la conservation de nos paysages, sites construits, sites historiques, monuments naturels et culturels.

Révision contestable de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire

La loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT) de 1979 a introduit en Suisse le principe de la séparation des territoires constructibles et non constructibles. Dans les territoires non constructibles, c'est-à-dire hors de la zone à bâtir, seules les constructions agricoles ou imposées par la destination sont conformes à la zone et donc autorisées. Ce principe a été progressivement assoupli par le Parlement qui a élargi les possibilités d'utilisation:

- en 1998, pour les zones d'agriculture intensive et les cultures hors-sol,
 - en 2007, pour délivrer des autorisations exceptionnelles pour l'agritourisme et les installations de biogaz
 - et en 2012, pour faciliter l'élevage des chevaux en zone agricole.
- Ces dernières années, les Chambres fédérales ont donc considérablement affaibli le principe de la séparation des territoires constructibles et non constructibles.

S'il est de bon ton de parler des constructions hors de la zone à bâtir au Parlement, plusieurs initiatives cantonales, déposées en Valais et dans les Grisons notamment, ont plaidé pour l'assouplissement des conditions de réaffectation et transformation des étables et des mayens. Refusées dans un premier temps, elles ont conduit à la formulation, dans les commissions fédérales, de différentes motions demandant la réaffectation de milliers de bâtiments agricoles abandonnés en maisons de vacances.

Vous vous souvenez? En 2012, le peuple a accepté l'initiative sur les résidences secondaires et donné ainsi un signal clair contre le mitage effréné du territoire.

Et jusqu'où la Berne fédérale compte-t-elle aller? A la fin de cette année, la deuxième étape de la révision de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire sera à l'ordre du jour du Parlement. On ne sait pas encore si la «méthode de compensation» préconisée par l'Office fédéral du développement territorial dans les documents

RÉSOLUTION

Non au démantèlement de la protection du patrimoine et du paysage

Les sites construits, les monuments et les paysages protégés inscrits à nos inventaires fédéraux ont une valeur élevée pour notre identité collective. C'est la raison pour laquelle ils ne peuvent être modifiés selon la législation actuelle qu'en présence d'autres intérêts nationaux de valeur au moins égale ou supérieure. Une initiative parlementaire du conseiller aux Etats Joachim Eder (ZG) a conduit à un projet de révision de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage qui affaiblirait fortement cette protection. La Commission de l'environnement du Conseil des Etats l'a mise récemment en consultation.

Cette révision ouvrirait grande la porte au démantèlement de la protection du patrimoine et du paysage. Les participantes et les participants à l'assemblée des délégué-e-s de Patrimoine suisse se prononcent en faveur de la protection complète des sites construits qui contribuent à notre identité ainsi que des monuments importants et des paysages de grande valeur. Ils rejettent totalement l'actuelle révision de la LPN.

Résolution acceptée le 30 juin 2018 par l'assemblée des délégué-e-s de Patrimoine suisse au Musée de Ballenberg (BE)

en consultation sera maintenue. Cette méthode présente des risques car les petites constructions agricoles de valeur risquent d'être les victimes de nouvelles constructions disproportionnées et laides. Patrimoine suisse s'oppose à cette méthode de compensation qui n'est pas encore aboutie.

Prise de position sur «la construction hors de la zone à bâtir»

La première étape de la révision de la LAT a permis de réglementer la construction dans la zone à bâtir et de mettre l'accent sur la densification du milieu bâti. Ce fut une victoire importante et difficile des associations de défense de l'environnement. La deuxième étape de la révision de la LAT porte essentiellement sur la construction hors de la zone à bâtir, le sous-sol et les espaces fonctionnels.

Le positionnement de Patrimoine suisse en matière d'aménagement du territoire figure dans plusieurs documents d'importance, notamment dans les prises de position sur «l'aménagement du territoire», «pour une densification de qualité», sur «les installations d'éoliennes et la protection du paysage» et sur «les installations solaires» (téléchargeables sur www.patrimoinesuissesuisse.ch/politique). Ces documents qui ont été adoptés ces dernières années font référence à des lois déjà révisées.

Les constructions agricoles traditionnelles qui ont perdu leur usage d'origine sont souvent très anciennes. Elles sont les témoins d'une exploitation séculaire et constituent une part importante de notre patrimoine culturel. Elles jouent un rôle important pour l'aspect du paysage mais aussi du point de vue historique, sociétal et économique. Pour Patrimoine suisse, il est exclu de toucher au principe de la séparation des territoires constructibles et non constructibles. Par contre, il estime qu'il est indispensable de dresser des inventaires permettant de proposer des solutions innovantes fondées sur des bases scientifiques. A la fin de cet automne, le comité de Patrimoine suisse soumettra à la conférence des président-e-s une prise de position sur la «construction hors de la zone à bâtir».

L'Inventaire fédéral ISOS: un outil précieux

L'établissement de l'Inventaire fédéral des sites construits d'importance nationale (ISOS) constituait la réaction avisée du Conseil fédéral au boom de la construction des années 1970 qui ne tenait pas suffisamment compte des monuments et constructions historiques. Aujourd'hui, cet outil précieux est remis en question par une campagne coordonnée, programmée depuis un certain temps déjà.

Patrimoine suisse estime au contraire que l'ISOS est un immense recueil d'informations. Il a donc fixé des priorités et mis en place un vaste plan de communication: l'année dernière, plus de 400 personnes ont suivi le colloque qu'il a organisé (conjointement avec l'Association VLP-ASPAN et l'Office fédéral de la culture) et la conférence de presse qu'il a tenue à Rüti (ZH) sur l'arrêt du Tribunal fédéral (ATF 135 II 209, Rüti) a mis en évidence l'importance de l'ISOS.

Plusieurs articles parus dans la NZZ ont préparé le terrain pour la campagne anti-ISOS au Parlement. Dans le cadre de l'établissement du nouveau règlement de zones et des constructions, la sec-

tion zurichoise de Patrimoine suisse avait déposé un recours en arguant que celui-ci ne tenait pas suffisamment compte de l'Inventaire ISOS. Récemment, une solution concertée a pu d'ailleurs être trouvée concernant cette affaire (cf. page 33).

L'initiative «Stop au mitage» bientôt soumise au peuple

Plusieurs votations populaires sont annoncées: l'initiative «Stop au mitage du territoire» des Jeunes Vert-e-s sera soumise au peuple au début de l'année 2019. Cette initiative exige de geler les zones à bâtir et de mettre un terme à leurs déclassements.

Dernièrement, plusieurs initiatives populaires cantonales ont également été déposées. A Zurich, la collecte de signatures pour la «Naturinitiative» demandant des moyens financiers pour assurer la protection de la nature et du paysage ainsi que la conservation du patrimoine a rapidement abouti. A Lucerne, une initiative constitutionnelle exigeant la définition des principes de la protection des sites culturels a été déposée en même temps qu'une initiative demandant la mise en œuvre de l'aménagement du territoire et de la protection des sites culturels. Dans les parlements cantonaux, on observe des mouvements d'opposition au démantèlement de la protection et la présentation d'alternatives aux citoyen-ne-s.

Les oppositions n'émanent pas uniquement des organisations actives dans la protection du patrimoine, de la nature, du paysage et de l'environnement. Dans le cadre de la procédure de consultation sur le projet de révision de la LPN, certains cantons, notamment celui de Berne, se sont opposés à cette révision, estimant que les modifications présentaient des risques élevés d'atteintes importantes à la nature, aux sites et aux paysages. Le Conseil d'Etat du canton de Saint-Gall a rendu un avis similaire. Les Gouvernements cantonaux de Bâle, d'Argovie et de Fribourg s'opposent également. Les discussions seront donc très animées ces prochains mois.

Pour Patrimoine suisse, le projet de révision de la LPN atteint un paroxysme inacceptable dans le démantèlement de la protection de la nature, du paysage et des sites construits.

Für den Schweizer Heimatschutz ist die geplante Revision des NHG ein weiterer Tiefpunkt in der Kaskade von Abbauplänen beim Natur-, Landschafts- und Heimatschutz, den er so nicht akzeptieren kann.

